

POLITISCHE SPRACHKULTIVIERUNG IM WÖRTERBUCH

1. POLITISCHE SPRACHKRITIK UND POLITISCHE LEXIKOGRAPHIE

Die Text- oder Kommunikationskritik ist nach Heringer (1982, 5ff.) einer, nämlich der dritte, der drei Stränge sprachkritischer Tradition: Als Kritik an den sprachlichen Produkten einzelner Sprecher oder als "Kritik einzelner Presseerzeugnisse" (ebd. 11) ist Sprachkritik praktisch und detailliert und bezogen auf die öffentliche Sprache, auf konkrete Kommunikation im Bereich von Gesellschaft und Politik. Ihr steht gegenüber die Sprachkritik des zweiten Strangs, nämlich die Kritik einer Sprache als 'Einzelsprache' und ihre Verbesserung. Allerdings sind sprachkritische, oder allgemeiner, sprachkultivierende Bemühungen gegenüber einer ganzen 'Sprache', z.B. dem Sprachsystem des Deutschen, oder gegenüber Teilen (Subsystemen, Varietäten) des Systems, z.B. dem Lexikon des Deutschen, solange ausgeschlossen, als man 'Sprache' im strukturalistischen Sinne als abstraktes, formales System betrachtet, von den einzelnen Sprechern und ihrem individuellen sprachlichen Handeln hypostasierend abstrahiert und das wie auch immer subklassifizierte System nur über sprachimmanente Strukturen und Relationen beschreibt und bewertet. Von daher ist auch die Zurückhaltung der Strukturalisten gegenüber Sprachkritik zu verstehen (vgl. Wimmer 1982, 295).

Der an sprachlicher Kommunikation und ihren Regeln interessierte Sprachkritiker weiß, daß seine Einflußnahme auf 'parole'-Phänomene im Mikrobereich letztlich auch Ursache für Veränderungen des Makrobereichs, der 'langue', sein könnte, nur weiß er nicht genau wie. Die aus der Sicht des engagierten Linguisten notwendige Verbindung von 'parole' und 'langue', von 'parole'-Kritik und -Kultivierung und 'langue'-Kritik und -Kultivierung, ist nur dann möglich, wenn 'Sprache' selbst sprachhandlungsorientiert aufgefaßt wird, nämlich als Summe kollektiver und konventioneller Sprachhandlungsmuster, an denen Sprecher sich bei ihrem

Sprachgebrauch orientieren. Handlungsmuster einer 'Sprache' sind dann das überindividuelle, systembezogene und potentielle Gegenstück zu individuellen aktuellen parole-Akten. Solche Handlungsmuster haben in einer inhomogenen Sprachgemeinschaft zumindest jeweils gruppenbezogen, d.h. für relevante soziale, regionale, politische oder meinungsmäßige Teilgruppen einer Sprachgemeinschaft, Gültigkeit.

Sprachliche Handlungsmuster, die sich in einzelnen parole-Akten, z.B. in Normierungshandlungen von Sprechern und Sprechergruppen, (neu) herausbilden, werden von anderen Sprechern übernommen, konventionalisiert und schließlich zum kollektiven Besitz (vgl. die Auschwitz-Analogie in G. Zifonuns Beitrag in diesem Heft). Zwischen aktuellem Gebrauch und kollektiver (im System disponierter) Gebrauchsmöglichkeit besteht ein enges wechselseitiges Abhängigkeitsverhältnis, das der einzelne Sprachkritiker in seiner Gänze zwar nicht überschauen kann, das jedoch immer von neuem die Möglichkeit offenhält, daß "Kritik von Texten oder Sprechern" (Heringers dritter Strang), als Kritik von parole-Handlungen, "durchaus hineinspielen" (Heringer 11) kann in eine Sprachkritik, deren Interesse auf die Verbesserung oder Kultivierung einer Einzelsprache bzw. eines Teilsystems einer Einzelsprache (Heringers zweiter Strang) gerichtet ist. So wie parole-Handlungen einzelner Sprecher durch Konventionalisierung zu kollektiven Handlungsmustern werden und auf das System durchschlagen können, ebenso kann die Kritik an solchen parole-Akten im Sinne einer Kultivierung kommunikativer Handlungsspiele durch Konventionalisierung zur Kultivierung des Systems selbst bzw. eines Subsystems, z.B. des Lexikons, führen.

Für die Sprachkultivierung im Wörterbuch bedeutet das:

1. Konventionelle wortsemantische Handlungsmuster bei bestimmten Wörtern oder Wortschatzbereichen, die in ihrer konkreten Verwendung zu Sprachkritik Anlaß geben, müssen im Wörterbuch, das die semantische Struktur des Gesamtwortschatzes einer Sprache als "summierende Abstraktion" (v. Polenz 1979, 22) aufzeigt, als Möglichkeit (bzw. als systematische Disposition) des Gebrauchs beschrieben, dokumentiert und auf genau dasjenige Potential hin kommentiert werden, das Anlaß

zur Sprachkritik gibt, z.B. auf ihr sprachmanipulatives (euphemistisches, metaphorisches) oder ideologisches, zu Nicht- oder Mißverstehen führendes Potential. Dieses Potential ist jeweils in den spezifischen lexikalisch-semanticen Eigenschaften bestimmter Wörter oder Wortschatzbereiche disponiert.

2. Die Herausarbeitung solcher wortsemantischen Handlungspotentiale im Wörterbuch ist ein Abstraktionsvorgang. Abstrahiert wird dabei von einer Menge bzw. vom "gesellschaftlichen Verwendungsdurchschnitt" (Ludwig 1982, 181) einzelner parole-Handlungen, die als Indiz dafür dienen, daß es sich um eine konventionelle Möglichkeit im Deutschen (als System) handelt, ein bestimmtes Wort oder Teile bestimmter Wortschatzbereiche in der oder der Weise zu gebrauchen. Voraussetzung ist dabei, daß diese wortsemantische Gebrauchsmöglichkeit als kollektives Sprachhandlungsmuster von sprachkritischer Relevanz und damit von sprachaufklärerischem Interesse ist.

In diesem Sinne könnten eine politische Sprachkritik und eine Lexikographie gesellschaftspolitischer Lexik als Disziplinen einer angewandten Linguistik - nach Klärung von Fragen, die die methodische Umsetzbarkeit oder Übersetzbarkeit der einen in die andere betreffen - miteinander kooperieren mit dem Ziel der Kultivierung von Sprache (im doppelten Sinne).

2. LEXIKOGRAPHIE DES GESELLSCHAFTSPOLITISCHEN WORTSCHATZES ALS FORTSETZUNG POLITISCHER SPRACHKRITIK MIT ANDEREN MITTELN

Politische Sprachkritik und eine darauf fußende Lexikographie politischer Lexik stimmen in Ansatz und Ziel weitgehend überein:

Ihre gemeinsame Basis bildet eine Sprachauffassung, in deren Mittelpunkt die Gebrauchstheorie der Bedeutung sprachlicher Ausdrücke steht und die den Sprachgebrauch, die Verwendung von sprachlichen Ausdrücken in Texten thematisiert. Mit abbildtheoretischen, naiv-begriffsrealistischen Sprachauffassungen dagegen - etwa mit dem Axiom, daß Sprache eine vorgegebene

Welt abbilde oder Wörter für Gegenstände der Realität stünden und Aussagen dann wahr seien, wenn sie mit den Gegenständen der 'objektiven' Realität übereinstimmen - lassen sich Sinn und Zweck der beiden Teildisziplinen nicht oder nur schwer in Einklang bringen. Denn mit der Annahme einer Dichotomie von Sprache einerseits, in der (nur) gesprochen, und von (sprachunabhängiger) Welt andererseits, in der (nur) gehandelt wird, ist der Zusammenhang zwischen Sprache und Welt, zwischen Sprechen und Handeln nicht zu klären. Solche Klärungen sind vielmehr von einer handlungsorientierten Betrachtungsweise zu erwarten, derzufolge Sprache bzw. der Sprachgebrauch und Welt nicht voneinander zu trennen sind, zumal soziale und politische Tatsachen häufig erst im Sprachgebrauch selbst und in Sprachhandlungen von Sprechern geschaffen und durch sie und mit ihnen verändert werden. Diese Auffassung von der tatsachenschaffenden, wirklichkeitskonstituierenden Potenz politischer Begriffe bzw. politischer Begriffsbildung, die mit einer interpretatorischen Sicht auf den Gegenstand erst ihren Gegenstand schafft, erweist sich für eine politische Sprachkritik und in der Folge für eine Lexikographie politischer Lexik als fruchtbar: Denn viele Gegenstände des politischen Handlungsbereichs sind (wie viele andere Gegenstände ja auch) in der Regel nicht in jenem einfachen oder kompakten Sinne gegeben wie etwa (sprachlich 'unabhängige') materielle Dinge; vielmehr sind sie durch Deutung geschaffen und von ihrer sprachlichen Vermitteltheit nicht abzulösen.

Gerade durch die sprachliche Verfaßtheit politischer Gegenstände wird den beiden Disziplinen der sprachreflexive und Sprachheterogenität thematisierende Zugang überhaupt erst ermöglicht: die sprachbezogene Kritik an und die sprachbezogene Aufklärung über politisches Sprechen, über den politischen Diskurs im Konfliktbereich öffentlicher Kommunikation, deren Kultivierung ihr gemeinsames Anliegen ist. Politische Kultur, als Ergebnis einer (erfolgreichen) Kultivierung des politischen Sprachlebens, bemißt sich auch an der Weise, wie politische Konflikte und die Diskussion über sie sprachlich/im Diskurs ausgetragen werden, in welchem Maß Verständigungsbereitschaft zwischen den Kommunikationsbeteiligten erreicht bzw. erreichbar ist und Kommunikationskonflikte vermieden werden können bzw. vermeidbar sind.

Linguistisch begründete politische Sprachkritik (über deren Arbeitstechnologie und Methodik man sich bei Heringer, Wimmer, Stötzel u.a. informieren kann) und Lexikographie politisch-ideologischer Lexik stimmen also überein sowohl im gebrauchstheoretischen, kommunikationsethischen Ansatz als auch in ihrem Ziel, dem Sprachteilhaber für bestimmte konfliktäre Kommunikation(sgelegenheiten) im öffentlich-politischen Diskurs sprachkritisches und -aufklärerisches Rüstzeug zur Bewältigung von Kommunikationsstörungen, Verstehensschwierigkeiten und Mißverständnissen an die Hand zu geben. Solche konfliktären Anlässe sind immer dann gegeben, wenn in Äußerungen von Sprechern oder bei bestimmten Wortgebräuchen gegen die Maximen der Verständlichkeit, Informativität oder der Wahrheit und Wahrhaftigkeit etc. (bewußt/unbewußt) verstoßen wird.

Unterschiedlich sind jedoch die Mittel und Verfahrensweisen, mit denen sie ihr Ziel verfolgen. Der Unterschied wird klar, wenn man versucht, die Frage zu beantworten, ob und wie sich die an einzelnen konkreten Konflikthanlässen politischer Kommunikation, also an parole-Akten einzelner Sprecher, gewonnenen linguistischen Erkenntnisse und Ergebnisse sprachkritischer Analyse in der Arbeitstechnologie des Wörterbuchs umsetzen lassen. Eine solche Umsetzung kann natürlich vorwiegend nur auf lexikalischer (bzw. wortsemantischer oder auch pragmatisch-semantischer) Ebene, weniger wohl auf der text- oder satzsemantischen Ebene erfolgen. Dementsprechend kann die Lexikographie auch nur relativ begrenzte, eben durch lexikalisch-semantische Probleme verursachte Kommunikationskonflikte behandeln und weitergehende, mit komplexen Sprachhandlungen und Sprachhandlungsweisen verbundene Kommunikationsstörungen nur zu einem gewissen Grad im lexikographischen Diskurs berücksichtigen. Eine Umsetzung wird jedoch insofern erschwert, als einsprachige Wörterbücher in der Regel den gesamten Wortschatz einer Einzelsprache als "summierende Abstraktion" kodifizieren, indem sie die lexikalischen Einheiten, die die Makrostruktur des Wörterbuchs bilden, nach einer bestimmten (z.B. alphabetischen) Ordnungsvorschrift einerseits von ihren usuellen kommunikativen und kontextuellen Verwendungszusammenhängen, andererseits von bestimmten paradigmatischen lexikalischen Relationen isolieren.

Einer unmittelbaren Umsetzung in die lexikographische Beschreibungs-

praxis steht also entgegen, daß das einzelne Lemma bzw. der einzelne Lemma-Ausdruck im Wörterbuch als solcher einer (sprachreflexiven) Kritik nicht unterziehbar ist, sondern jeweils immer nur bestimmte Gebräuche des Ausdrucks. Die Lexikographie kann jedoch von den einzelnen (parole-)Gebräuchen eines Lemma-Ausdrucks bestimmte (langue-)Gebrauchsweisen und damit die Regeln ihres Gebrauchs bzw. ihre Bedeutungen, die sich in der Kommunikation zu kollektiven sprachlichen Handlungsmustern konventionalisiert und verfestigt haben, abstrahieren. Der Lexikograph erhält damit die Möglichkeit, die (verschiedenen) Gebrauchsregeln, z.B. die Referenz- und Prädikationsregeln, die als Regeln für sprachliches Handeln aufzufassen sind, für die 'unselbständigen' Lemma-Ausdrücke expliziert zu reformulieren und damit zugleich - wenn er sich pragmatisch am sprachlichen Handeln in komplexen Handlungs- und Kommunikationszusammenhängen orientiert - den möglichen Beitrag zu beschreiben, den die betreffenden Ausdrücke regelhaft zur Bedeutung von sprachlichen Handlungen und Handlungszusammenhängen liefern können. Genau hier ist der Punkt, an dem linguistische Ergebnisse der sprachkritischen Analyse umgesetzt werden können in lexikographische Informationen pragmatischer Art.

Eine Kooperation der beiden Disziplinen läßt sich aufgrund ihrer unterschiedlichen Arbeitstechnologien wie folgt rekonstruieren:

Der linguistische Sprachkritiker spürt in einem Text die Verwendung eines sprachlichen Ausdrucks z.B. als Euphemismus auf. Diese Verwendung kann er nur innerhalb eines bestimmten kommunikativen Kontextes aufgrund bestimmter semantischer/pragmatischer Indizien als solche identifizieren und analysieren. Der Lexikograph nun muß diese konkrete Verwendung des Ausdrucks als Euphemismus, wenn sie konventionalisiert ist bzw. ein kollektives sprachliches Handlungsmuster darstellt, als eine der Möglichkeiten der Verwendung des betreffenden Ausdrucks kennzeichnen und diese Verwendung durch Wiedereinfügung des Ausdrucks in einen zur Demonstration geeigneten lexikographischen Kontext/sprachlichen Handlungszusammenhang rekonstruieren und sie damit als mögliche konventionelle Verwendungsweise textbezogen dokumentieren (z.B. mithilfe von authentischen Belegen). Das eigentliche aufklärerische Potential kommt

aber erst zum Tragen, wenn der Lexikograph in der Lage ist, die vom Sprachkritiker in der Analyse einer bestimmten (z.B. euphemistischen) Verwendungsweise herangezogenen linguistischen Mittel/Theorien/Prozeduren lexikographisch so zu verwerten, daß er etwa einen vorliegenden euphemistischen Sprachgebrauch nicht nur als solchen explizit kennzeichnet, sondern ihn auch bezüglich seiner Verwendungsbedingungen und der kommunikativen Folgen der Verwendung kommentiert: Indem er etwa - natürlich in verkürzter Form oder im Wörterbuchvorwort - sagt, daß euphemistische Redeweisen (vor allem in der Politik) häufig in manipulativen Kommunikationszusammenhängen verwendet werden und auf den strategischen Aspekt einer meist persuasiven Handlung zielen; daß also bestimmte Sprecher in bestimmten Situationen sich sprachlicher Ausdrücke in euphemistischer Funktion bedienen, um ihre taktischen Handlungsziele mit der Verwendung des Euphemismus besser zu erreichen als mit der Verwendung des 'eigentlichen' oder 'normalen' Ausdrucks (solche ideologischen Bezeichnungsvarianten sind dann vom Lexikographen explizit im Wörterbuch zu benennen). Der Wörterbuchbenutzer/Sprachteilhaber kann also aufgrund der vorangegangenen sprachkritisch-lexikologischen Analysen nun lexikographisch darüber aufgeklärt werden, welche euphemistischen Ausdrücke oder Redeweisen von Sprechern in erfolgsorientierter, nur in scheinbar verständigungsorientierter Kommunikation mit der Intention verwendet werden, den jeweiligen Bezugsgegenstand in taktischer Weise sprachlich zu verändern bzw. zu manipulieren und den 'wahren' Sachverhalt sprachlich zu verschleiern bzw. zu beschönigen. Damit wird der Wörterbuchbenutzer in die Lage gesetzt, erfolgsorientierte, mit euphemistischem Wortgebrauch vollzogene Sprachhandlungen nicht als verständigungsorientierte Handlungen mißzuverstehen.

Hier wird das Zusammenspiel beider Disziplinen deutlich: Was vom Sprachkritiker z.B. bezüglich (einer bestimmten Verwendung) eines sprachlichen Ausdrucks als in verständigungsorientierter Hinsicht konfliktär und kritikwürdig herausgestellt wird, kann der Lexikograph als zusätzliche semantisch-pragmatische Information zur Verwendung des betreffenden Ausdrucks komprimiert in die Mikrostruktur des Wörterbuchs übernehmen. Die Sprachkritik arbeitet also textbezogen analytisch, indem sie be-

stimmte Verwendungsweisen sprachlicher Ausdrücke semantisch-pragmatisch kritisiert. Die Lexikographie dagegen rekonstruiert wortbezogen synthetisch, indem sie einerseits einem Lemma-Ausdruck in der Form von Regeformulierungen unterschiedliche oder variante Verwendungsweisen/Bedeutungen zuordnet und sie bezüglich ihrer unterschiedlichen Kommunikationsgeschichte in der Sprachgemeinschaft semantisch-pragmatisch kommentiert, wobei auch soziale Faktoren, z.B. die Gruppenbezogenheit eines Ausdrucks, berücksichtigt werden. Im Wörterbuch wird in gewisser Weise erst eine 'Kommunikationsgemeinschaft' der Meinungen gesellschaftlich relevanter Gruppen geschaffen, indem die Sprachverschiedenheit von Sprechergruppen bezüglich eines bestimmten Lemma-Ausdrucks als Verschiedenheit unterschiedlicher/varianter Gebräuche dieses Ausdrucks thematisiert wird. Andererseits kann und sollte die Lexikographie (und zwar insbesondere eine Lexikographie des politischen Wortschatzes) - in Fortsetzung des lexikographischen Diskurses mit anderen Mitteln - zugleich auch sprachkritisch arbeiten, indem sie den Wörterbuchbenutzer konfliktär aufklärt 1. über den kommunikativen Stellenwert der Wortgebräuche, ihre Bedeutsamkeit im politisch-normativen Bereich und im Bereich lebenspraktischer und praktisch-politischer Orientierung, 2. über ihre möglichen meinungs- und interessenbezogenen Verwendungen in bestimmten Sprachhandlungen vor allem erfolgsorientierter Kommunikation, zu denen sie je nach Sprecherintention disponieren, z.B. in persuasiven Definitionen mit dem strategischen Nutzen der politischen Hörerbeeinflussung oder im taktisch-manipulativen Sprachgebrauch zur Durchsetzung von nicht-sprachlichen Kommunikationsinteressen und 3. darüber, daß in erfolgsorientierter Kommunikation im Bereich der Ideologiesprache die Rahmenabhängigkeit politischer Ausdrücke und die Normenbezogenheit politischen Sprechens (bewußt) außer Kraft gesetzt werden.

In diesem Mikrobereich der synthetischen Rekonstruktion konkreten politischen Sprachgebrauchs mit der Beschreibung und kritischen Kommentierung der für politische Ausdrücke relevanten Verwendungsbedingungen und Kommunikationszusammenhänge ist politische Sprachkritik im Wörterbuch umsetzbar in sprachbezogene, politische Aufklärung über die

für die Sprachgesellschaft politisch relevanten Sprachhandlungskonflikte und die Möglichkeiten ihrer Kultivierung. Hier wird politische Sprachkritik mit anderen Mitteln fortgesetzt.

3. ZUR BEGRÜNDUNG POLITISCHER SPRACHKULTIVIERUNGSARBEIT IM WÖRTERBUCH

In Analysen der politischen Text- und Kommunikationskritik werden als Indikatoren politischer Sprach-Unkultur, die als konfliktäre Faktoren für gesellschaftlich relevante Kommunikationsprobleme im öffentlich-politischen Diskurs in Frage kommen, typischerweise folgende sprachliche Phänomene identifiziert: Sprachliche Handlungsmuster, nach denen im politischen Diskurs erfolgsorientiert oder manipulativ geredet wird, bestimmte stereotype wort- und textsemantische Strategien und (Spiel)Regeln taktisch-politischen Sprachgebrauchs, mit denen Sprecher Mißverständnisse und Verstehensschwierigkeiten provozieren, werden ebenso thematisiert wie umgekehrt auf bestimmte Einstellungen zur Sprache, insbesondere auf Auffassungen vom Zusammenhang zwischen Sprache und Welt abgehoben wird, die auf Hörerseite möglicherweise eine sprachkritische Rezeption erfolgsorientierter politischer Rede behindern und Mißverstehen und Täuschung begünstigen können.

Politische Sprach-Unkultur kommt hierbei in doppelter Weise als defektive politische Kommunikation zum Ausdruck: Einerseits, auf Sprecherseite und dort häufig in Verbindung mit (bewußten) Verstößen gegen die sog. Konversationsmaximen, in einem Defizit sprachbezogenen Aufklärens bzw. eines sprachbezogenen Aufklärungswillens, das sich z.B. im Unterlassen von semantischen Präzisierungen äußern kann, und andererseits, auf Hörerseite und hier häufig in Verbindung mit der Unfähigkeit zur Anwendung sprachkritischer Rezeptionsmaximen (bzw. in Verbindung mit einem mangelhaften Angebot an solchen Maximen überhaupt), in einem Defizit an sprachbezogener Aufgeklärtheit oder an sprachkritikkompetenter Mündigkeit.

In einer offenen Liste (vgl. Abschnitt 3.1.) sollen zunächst einige der sprachlichen Phänomene im Bereich öffentlich-politischer Kommunikation

zusammengestellt werden, die von sprachkritischer Relevanz und (besonders im Hinblick auf ihre Bedeutung im Wörterbuch) von sprachaufklärerischem Interesse sind; dabei werden die einzelnen Phänomene hier jedoch nicht nach ihrer kommunikativen Relevanz jeweils für die Produktion oder Rezeption politischer Rede differenziert.

Danach (vgl. Abschnitt 3.2.) sollen die einzelnen Kritikpunkte systematisch(er) zu kommunikationskonfliktären Typen zusammengefaßt werden; dabei will ich mich lediglich auf einen wesentlichen wortsemantischen Typ einlassen: Auf die semantische Instabilität oder meinungsgruppenbedingte Bedeutungsvarianz und deren unterschiedliche Ausprägungen bei (der Verwendung von) politischen Ausdrücken, die als wesentliche Ursache für Kommunikationskonflikte gelten können.

Zum Abschluß (vgl. Abschnitt 3.3.) will ich einige Thesen zu Möglichkeiten politischer Sprachkultivierungsarbeit im Wörterbuch aufführen, indem ich u.a. Vorschläge für sprachkritische lexikographische (Kurz) Maximen der Rezeption politischer Texte/Rede formuliere, die der Lexikograph besonders im Hinblick auf den aufzuklärenden Wörterbuchbenutzer/Sprachteilhaber beachten und in den lexikographischen Diskurs sowie in den sprachreflexiven Teil des Wörterbuchvorwortes integrieren sollte.

3.1. Indikatoren politischer Sprach-Unkultur

Die folgenden sprachlichen Phänomene, die Anlaß zur Sprachkritik gegeben haben bzw. geben können, werden jeweils an der folgenden heuristischen Aussage festgemacht:

Viele am politischen Diskurs kommunikativ Beteiligte oder von ihm Betroffene, also viele Sprecher des Deutschen wissen bzw. viele Hörer/Rezipienten wissen nicht (und müssen deshalb aufgeklärt und informiert werden), daß politische Ausdrücke

(a) aufgrund ihrer Verwendung im Bereich öffentlich-politischer Kommunikation nicht ausschließlich mit verständigungsorientierten, sondern in hohem Maße mit erfolgsorientierten, strategischen kommunikativen Hand-

lungen verbunden sind, in denen nicht auf Gegenstände der "objektiven", sondern der "sozialen Welt" (Habermas) Bezug genommen wird. D.h.: ihre Verwendung in kommunikativen Handlungen ist eher an den Geltungsanspruch normativer Richtigkeit als an den propositionaler Wahrheit gebunden. Deshalb ist bei ihrer Verwendung in Aussagen die Beziehung von Wahrheit(spostulat) und Wahrhaftigkeit(spostulat) hier problematisch und anders zu deuten als in Kommunikationen über die objektive Welt.

(b) in kommunikativen Handlungen verwendet werden, mit denen interpretierend und bewertend Gegenstände der sozialen Welt gesellschaftlicher Zustände, politischer Handlungen usw. Bezug genommen und mit denen nicht irgend eine 'vorgegebene' Wirklichkeit einfach 'abgebildet' wird.

(c) in bestimmten Feldern politischer Metaphorik einen manipulativen Stellenwert haben können, wobei politische Metaphern häufig aus anderen sprachlichen Referenz- und Bildbereichen entlehnt sein können.

(d) in manipulativen Zusammenhängen als Euphemismen gebraucht werden können.

(e) (als Termini und als Nicht-Termini) in der Regel eine (in politischer Rede meist unterdrückte) mehrfache Bezüglichkeit auf ideologische Rahmen, auf politische, soziale Normen und Wertesetzungen sowie auf miteinander konkurrierende Gesellschaftstheorien aufweisen und in ihrer Verwendung und Bedeutung meinungsgruppenbezogen oder parteisprachlich determiniert sind.

(f) aufgrund ihrer Rahmenabhängigkeit und Gruppenbezogenheit zu taktisch-manipulativem Sprachgebrauch, z.B. in persuasiven Definitionen, geradezu herausfordern, der in der Regel der Durchsetzung auch nicht-sprachlicher Kommunikationsinteressen dient.

(g) als Begriffe mit komplexer historischer Dimension und je eigener, wechselnder Kommunikationsgeschichte von Sprecher(n)(gruppen) gleichzeitig in verschiedenen Bedeutungen/Varianten verwendet werden (können).

(h) im Bereich öffentlich-politischer Kommunikation, bedingt durch die gruppensprachliche Diversifikation der Sprachgemeinschaft, in jeweils unterschiedlichen semantischen Funktionen mit jeweils unterschiedlichen Formen der Extensionalisierung (d.h. Anwendungen auf bestimmte Bereiche der (möglicherweise präsupponierten) Wirklichkeit) verwendet werden, und zwar als Schlagwörter, d.h. als Fahnen-, Stigma- oder Leitwörter (vgl. Hermanns) mit jeweils unterschiedlichem Prestige- und Propagandawert, die gruppenspezifisch neu- oder umbesetzt oder usurpiert werden können.

(i) in verschiedenen sprachlichen Subsystemen gleichzeitig verwendet werden können, nämlich in der Theorie- oder Wissenschaftssprache der Politik-, Sozialwissenschaften, im Wissenschaftsjargon, in der Ideologie- oder Meinungssprache und in der Gemeinsprache bzw. Bildungssprache. Politische Interpretationsvokabeln haben häufig eine offiziell geregelte Bindung an ein wissenschaftliches (Sub)System und verfügen daher bereits im Bereich der Wissenschaft(en) selbst über gruppenbezogen variante Gebräuche bzw. Gebrauchsfixierungen; bei ihrem Transfer in den öffentlich-politischen Kommunikationsbereich ist daher mit einer Zunahme gruppenbezogener Varianz zu rechnen.

(k) als 'Versatzstücke' beliebig in Leerformeln, Ideologemen, Slogans, Parolen etc. verwendet und mit anderen Elementen kombiniert werden können; dies gilt in besonderer Weise für "geräumige" Wörter (Heringer 1982, 23), d.h. für Ausdrücke ohne (klare) Bedeutung oder bei denen man sich vieles/alles denken kann.

3.2. Ein wortsemantischer Typ als Gegenstand politischer Sprachkritik und Lexikographie

Ich will die Liste, die sich fortsetzen ließe, hier abbrechen. Einige der Eigenschaften (von Verwendungsbedingungen) politischer Ausdrücke lassen sich als Faktoren von Kommunikationskonflikten systematisch zusammenfassen und auf den gemeinsamen Nenner '(gruppenspezifische) semantische Instabilität' bzw. 'gruppenspezifische Varianz' bringen. Semantisch instabile (bzw. ideologisch polyseme) Ausdrücke sind Wörter mit varianten Gebräuchen. Variante Gebräuche, d.h. Gebräuche mit meinungs-

gruppenbedingten Gebrauchsdifferenzen, verfügen über einen gemeinsamen Kern an Gebrauchsregeln, die sich auf die 'deskriptive' Bedeutung oder auch auf die 'evaluative' oder Wertungskomponente beziehen können, und über sprechergruppenabhängig unterschiedliche, diesen Kern erweiternde oder modifizierende Gebrauchsregeln.

Folgende Erscheinungsformen semantischer Instabilität als kommunikationskonfliktäre Faktoren sind zu unterscheiden:

I. Konflikte aufgrund der Interpretationsabhängigkeit sozialweltlicher Erscheinungen, die in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Deutungs- und Interpretationscharakter politischer Ausdrücke stehen (vgl. (b)).

Bei der Verwendung politisch-ideologischer Ausdrücke handelt es sich selten um ein unproblematisches Zuordnungsverhältnis eines Prädikators zu einer vorsprachlich bestimmten Sache; da es die 'Sache' in diesem Sinne oft gar nicht gibt, sind die Gegenstände des politischen Diskurs auch nicht ostensiv definierbar. Vielmehr ist auszugehen vom Interpretationscharakter politischer Ausdrücke (Meinungs-, Bewertungsausdrücke) bei der Konstitution, d.h. der Hervorbringung von sog. politischen Tatbeständen in Aussagen. Der Sachverhalt der sprachlichen Konstitution sozialweltlicher Phänomene ist zu erklären dadurch, daß unterschiedliche 'Lebensformen', d.h. unterschiedliche Formen der 'Lebensauffassung' usw., mit jeweils unterschiedlichen sozialen Realitäten auch unterschiedliche (variante) Formen der sprachlichen Bezugnahme auf sie schaffen. Daher sind unterschiedliche (variante), miteinander konkurrierende Wortgebräuche immer zugleich Indiz für die unterschiedliche Interpretation politischer Problemverhalte, wobei die positive oder negative Bewertung dieser Problemverhalte implizit mit dem Wortgebrauch zum Ausdruck kommt.

Die Varianz der Gebräuche von umstrittenen Interpretationsvokabeln wie **Aggression**, **Aufschwung**, **Terrorist** kann sich auf die deskriptive und/oder evaluative Bedeutung der Ausdrücke beziehen. Zusätzliche konfliktäre Probleme ergeben sich bei der strittigen Frage, was der Fall sein muß, damit z.B. die Intervention eines Staates in einen anderen als

Aggression, eine wirtschaftspolitische Lage und Entwicklung als Aufschwung bezeichnet oder eine bestimmte politische Richtung als Terrorismus bzw. Personen aufgrund bestimmter politischer Aktivitäten als Terroristen identifiziert werden können. Hinsichtlich der Bezugsobjekte dieser Interpretationsvokabeln sind die Sprecher einer Sprachgemeinschaft offenbar nicht stereotyp vorverurteilt. Die Schwierigkeit liegt hier auch darin, daß **Aggression**, **Aufschwung**, **Terrorist** Sachverhalte bezeichnen, die nicht aufgrund von konkreten Anzeichen verbindlich erschlossen werden können, zumal ja auch die Anzeichen und deren Interpretation selbst wieder gruppenspezifisch umstritten sein könnten. Fraglich ist hier also, welche sozialweltlichen Erscheinungen jeweils unter einen Prädiktor gefaßt werden können bzw. wie die unterschiedlichen Formen deskriptiver und evaluativer Varianz dieser Ausdrücke auf ihre jeweils gruppenbezogenen gleiche oder unterschiedliche Extensionalisierung Einfluß nehmen.

Unter 'Extensionalisierung' ist dabei das Handlungsmuster von Sprechergruppen zu verstehen, nach dem sie jeweils für die Sprechergruppe charakteristische Realitätsausschnitte mit einem Prädiktor interpretieren, d.h. klassifizieren und bewerten. Charakteristisch im Zusammenspiel von deskriptiver/evaluativer Bedeutung und Sprechergruppe ist vor allem der Akt der Fremdextensionalisierung bzw. der Eigenextensionalisierung, d.h. die Anwendung des Prädikators jeweils auf Gegenstände eines fremden und (ideologisch etc.) nicht akzeptierten gesellschaftlichen Lagers oder eines fremden, nicht akzeptierten gesellschaftlichen Normensystems bzw. die Anwendung auf Erscheinungen des eigenen, akzeptierten Lagers und des eigenen Normensystems.

Zur Klärung von Fragen, die die gruppenbezogenen unterschiedlichen Extensionalisierung von Interpretationsvokabeln betreffen, ist es sinnvoll, die beiden in der politischen (Groß)Gruppen- bzw. Parteisprache konträren Funktionsklassen 'Fahnenwörter' und 'Stigmawörter' heranzuziehen (vgl. (h)), weil sie für den jeweils untereinander varianten Sprachgebrauch der verschiedenen Politolekte bzw. Natiolekte bedeutsam sind. Bei Fahnenwörtern einer (Groß)Gruppe/Partei besteht deskriptive und/oder evaluative Varianz zwischen den (Groß)Gruppen/Parteien bei be-

sonders positiver Evaluation seitens einer (Groß)Gruppe/Partei; bei Stigmawörtern besteht deskriptive und/oder evaluative Varianz (möglicherweise auch deskriptive Konstanz) zwischen den (Groß)Gruppen/Parteien bei besonders negativer Evaluation seitens einer (Groß)Gruppe/Partei. Je nach ideologischer Bezüglichkeit können die beiden Funktionsklassen ihren Stellenwert in den jeweils antagonistisch aufeinander bezogenen oder in Konkurrenz miteinander stehenden Gesellschaftssystemen/Gruppen oder Parteien verändern und mit entsprechenden deskriptiven und/oder evaluativen Umdefinitionen/semantischen Abweichungen aus dem Sprachgebrauch einer (Groß)Gruppe/Partei in den Sprachgebrauch einer anderen (Groß)Gruppe/Partei übergehen.

Aufgrund des großgruppenübergreifend evidenten Verurteilungscharakters von **Aggression** (wie z.B. auch von **Faschismus**, **Totalitarismus**) ist anzunehmen, daß der Ausdruck von keiner politischen (Groß)Gruppen/Partei als Fahnenwort gebraucht wird. Die gruppenübergreifend negative Evaluation des Ausdrucks ist in direktem Zusammenhang zu sehen mit der großgruppenbezogen (z.B. im Rahmen der Ost-West-Konfrontation) wechselseitigen Fremdextensionalisierung der (varianten) Gebräuche, d.h. daß unter ihre Extension bestimmte Handlungen der jeweils anderen, der gegnerischen Seite fallen. Ausdrücke wie **Aggression** können daher in der internationalen politischen Kommunikation als wechselseitig bezügliche Stigmawörter gefaßt werden, die von der einen Seite so gut wie von der anderen zurückgewiesen und auf den jeweiligen Gegner extensionalisiert werden.

Aufgrund des Prestigecharakters von **Aufschwung** (ähnliche Beispiele sind **Fortschritt**, **Lebensqualität**, aber auch **Demokratie**) ist anzunehmen, daß der Ausdruck z.B. von allen Gruppen/Parteien in der BRD als Fahnenwort (bei möglicher deskriptiver Varianz) für die jeweils eigene Seite beansprucht wird. Solche Fahnenwörter haben bei deskriptiver Varianz unterschiedliche Extension. Da die Evaluation von **Aufschwung** gruppenübergreifend positiv ist, muß jeweils Eigenextensionalisierung vorliegen. D.h. unter die Extension der varianten Gebräuche fallen jeweils Erscheinungen der wirtschaftlichen Entwicklung, die als Erfolg für die jeweils eigene Seite zu werten sind bzw. von ihr beansprucht werden.

Etwas komplizierter verhält es sich bei Interpretationsvokabeln, die von verschiedenen Großgruppen als deskriptive/evaluative Fahnen- und Stigmawörter verwendet werden, wie z.B. Sozialismus im Sinne von 'sozialistisches System' im Sprachgebrauch von BRD und DDR. In diesem Gebrauch wird Sozialismus als Fahnenwort der DDR und als Stigmawort der BRD verwendet. Für das Verhältnis von deskriptiver/evaluativer Varianz, Extension und Fahnenwort-/Stigmawortfunktion gilt: Stigmawörter, die gleichzeitig als Fahnenwörter der anderen Seite gebraucht werden, haben wenn nicht gleiche, so doch überschneidende Extension. Diese Extensionsüberschneidung gewährleistet, daß im referentiellen Gebrauch ein und dieselbe 'Sache' zugleich von der einen Seite "auf die Fahne geschrieben" und von der anderen Seite "stigmatisiert" werden kann.

Die in der Funktion von Fahnen- und/oder Stigmawörtern verwendbaren Interpretationsvokabeln der politischen Lexik sind in besonderer Weise kommunikativ problematische Wörter aus folgenden Gründen:

1. Sie nehmen - als möglicherweise gesellschaftswissenschaftlich fundierte Termini - auf eine komplexe, der Alltagserfahrung entzogene soziale Realität Bezug, und zwar, aufgrund ihrer begrifflichen Unschärfezone, mit gruppenspezifisch unterschiedlichen Formen der Extensionalisierung.
2. Sie können durch interessen- und meinungsorientierten gruppenbezogenen Gebrauch in hohem Maße deskriptiv und evaluativ semantisch instabil sein.
3. Die instabilen Gebräuche können bei mangelnder Aufklärung über diese Gebrauchsbedingungen taktisch und manipulativ genutzt werden.

Im manipulativen Sprachgebrauch können hier aufgrund der semantischen Instabilität spezielle Kommunikationskonflikte durch metaphorisierende Verwendung von Ausdrücken einerseits (vgl. (c)) und durch die Verwendung in euphemistischer Rede andererseits (vgl. (d)) hervorgerufen werden.

Metaphorische Verwendung von sprachlichen Ausdrücken kann zur Neukonstitution oder Veränderung der Realität manipulativ genutzt werden. Die in metaphorischer Rede suggerierten/postulierten Ähnlichkeiten/Analogien können die Weltanschauung, Erkenntnis oder Meinung des Hörers in die gewünschte (falsche) Richtung lenken dergestalt, daß er die manipulativ eingesetzte metaphorische Bezeichnung 'realistisch(er)' interpretiert und die 'eigentliche' Realität oder bestimmte historische Fakten und Ereignisse aus den Augen verliert.

Eine solche manipulative Verschiebung mithilfe metaphorischer Techniken wird deutlich - wie G. Zifonun in diesem Heft aufzeigt - in den Vorkontexten der umstrittenen Geißler-Äußerung, in denen eine Analogie zwischen der aktuellen Situation einer möglichen atomaren Massenvernichtung und der historischen Situation der Judenvernichtung in Auschwitz hergestellt wird. Die Analogisierung beruht hier - wortsemantisch gesehen - auf dem Wechsel der semantischen Form: **Auschwitz**, ein Eigennamen, stellvertretend für die Judenvernichtung während der NS-Diktatur, wird zu ein (atomares) **Auschwitz**, also einem Appellativ, nun stellvertretend für Menschenvernichtung allgemein. Mit der metaphorischen Verschiebung, die verschiedenes, Unvergleichliches analogisiert, soll eine bestimmte (und zwar die 'richtige') Interpretation von Erscheinungen der gegenwärtigen politischen Wirklichkeit sprachlich suggeriert werden.

Dem politischen Euphemismus kommt eine besondere Rolle in verschleiern-der und manipulativer Kommunikation zu. Euphemistische Ausdrücke werden systematisch dazu eingesetzt, mißliebige Erscheinungen der politischen Realität mit der Aura der Harmlosigkeit zu umgeben. Euphemismen werden grundsätzlich in Kommunikationen verwendet, in denen (noch) kein Konsens zwischen den Partnern vorausgesetzt werden kann, sondern der eine Partner, der Hörer, sprachsuggestiv von etwas überzeugt oder über einen (wahren) Sachverhalt getäuscht werden soll. Euphemistische Rede zielt auf den strategischen Aspekt einer meist persuasiven Handlung. Der Sprecher setzt dabei darauf, daß er seine nicht-sprachlichen Kommunikationsziele mit der Verwendung euphemistischer Ausdrücke leichter erreichen kann als mit der Verwendung der 'eigentlichen', alternativen

oder normalen Ausdrücke; diejenigen Ausdrücke jedoch, die die Wirklichkeit 'treffen' oder auf sie zutreffen, werden tabuisiert. Wenn z.B. ein Sprecher seinen Partner für den Problemverhalt 'atomare Sprengköpfe' gewinnen will, wird er darauf nicht mit dem Ausdruck **atomare Sprengköpfe** Bezug nehmen, sondern stattdessen den Ausdruck **Sondermunition** oder einen ähnlich harmlosen Ausdruck verwenden. Ähnlich verschleiernde Ausdrücke im Bereich 'Atomkraft' sind z.B. **Brennstab**, **Atomüll**, **Entsorgung** (vgl. Kuhn 1983).

II. Konflikte aufgrund der Normenabhängigkeit und Gruppenbezogenheit politischer Ausdrücke, die in unmittelbarem Zusammenhang mit (e) stehen

Bei der Verwendung politischer Ausdrücke wird der Faktor der Sprachheterogenität, die im konkurrierenden Nebeneinander verschiedener Gruppensprachen in der 'Sprache' besteht, wirksam, wobei diese jeweils mit unterschiedlichen Wahrheitsansprüchen gekoppelt sind. Das Vorliegen konkurrierender Sprachgebräuche und gruppenspezifisch varianter Interpretationen für den gleichen Problemverhalt kann zu ernsthaften Verständigungsproblemen in der Kommunikationsgemeinschaft führen. Im manipulativen Sprachgebrauch können hier spezielle Kommunikationskonflikte dadurch herbeigeführt werden, daß die offiziellen Gebräuche politischer Ausdrücke in sog. persuasiven Definitionen jeweils gruppenspezifisch fixiert und undefiniert werden (vgl. (f)).

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß die semantische Instabilität sozial- und politikwissenschaftlicher Begriffe, wenn sie im Kontext wissenschaftlicher Kommunikation gebraucht werden, zu andersgearteten kommunikativen Problemen führt als der Gebrauch dieser Begriffe im Bereich öffentlich-politischer Kommunikation, also im Kontext der öffentlichen Meinungssprache oder gar der Alltagssprache. Viele der Instabilitätsfaktoren systemimmanent gebrauchter Begriffe haben also verstärkt noch Wirksamkeit, wenn sie systemtranszendent in der Bildungssprache, Gemeinsprache oder Ideologiesprache Verwendung finden. Die Ursachen der Instabilität von systemimmanent gebrauchten Wörtern wirken auch in den kommunikativ problematischeren Sprach- und Handlungsbereichen der öffentlichen Meinungssprache noch nach.

Der Gebrauch politischer bzw. politikwissenschaftlicher Begriffe (vgl. (i)), die über eine in sich bereits variante wissenschaftliche Gebrauchsfixierung verfügen, wie z.B. **Demokratie, Diktatur, faschistisch, Klassenkampf, Sozialismus**, ist besonders konfliktär, da hier zusätzlich zu der Bedingung der Rahmen- und Normenabhängigkeit der Begriffe, die ja auch im wissenschaftlichen Kontext nicht dispensierbar ist, noch folgende (erschwerende) Bedingungen gelten, die im konsensorientierten wissenschaftlichen Diskurs idealiter dispensiert sind: Die Begriffe sind erstens außerhalb des wissenschaftlichen Kontextes von Bedeutsamkeit für die lebenspraktische und praktisch-politische Orientierung. Aufgrund ihrer Bedeutsamkeit können die Begriffe zweitens "von den auch nicht-sprachlichen Interessen an Selbstbehauptung und an der Beeinflussung anderer" (Badura 42) abhängig gemacht werden, d.h. sie können im taktisch-persuasiven Sprachgebrauch Verwendung finden. Solche nicht-sprachlichen Kommunikationsinteressen wie die Absicht der politischen Handlungsorientierung und Meinungsbeeinflussung können durch meinungs- und interessenbezogenen, gruppenspezifisch varianten Gebrauch verfolgt werden. Solche Gebräuche bzw. Gebrauchsfixierungen haben als nicht-manipulative Definitionen ihre Berechtigung im pluralistischen, demokratischen Meinungsbildungsprozeß. Den nicht-manipulativen Definitionen stehen jedoch im öffentlich-politischen Bereich alltagsbezogener informeller Kommunikation im Medium der Meinungssprache die persuasiven Definitionen gegenüber (vgl. (f)), die ich hier als speziellen Konfliktfall unter II. behandle. Manipulative Definitionen "erfolgen im Sinne gruppentypischer bzw. organisationstypischer Handlungsorientierungen, deren transsubjektive Gültigkeit mittels taktischer Definitionen suggeriert aber nicht begründet wird" (Badura 64). Für die wichtigste Form manipulativer Definition, die 'persuasive Definition', ist Voraussetzung ein "Potential ... konventionalisierter und weit verbreiteter emotiver Wortbedeutungen" (Badura 55), das bei der persuasiven Definition strategisch ausgebeutet wird. Als Charakteristika der Wörter, die für eine persuasive Definition geeignet sind, gelten, daß die Wörter allgemein verbreitet sind, eine vage deskriptive Bedeutung und eine allgemein verbreitete intensive emotive Bedeutung besitzen. Das Verfahren, persuasiv zu definieren, besteht darin, daß die deskriptive Bedeutung eines Wortes geändert wird, ohne daß man dabei die intensiv-positive

bzw. intensiv-negative Bedeutung antastet. Der strategische Nutzen dabei ist die Beeinflussung des Hörers dahingehend, daß die Gebrauchsregel eines Wortes in einer den Vorstellungen des Sprechers entsprechenden Weise für den Hörer geändert oder neu fixiert wird, und zwar unter Ausnutzung einer bereits bestehenden kalkulierbaren emotiven bzw. evaluativen Bedeutung. Mit persuasiven Definitionen wird also das Klassifikationspotential von Prädikatoren unter Beibehaltung ihres Bewertungspotentials 'manipuliert'; normative Maßstäbe, nach denen zu klassifizieren ist, werden geändert, ohne daß ein Urteil darüber eröffnet wird, ob diese geänderten Maßstäbe noch der vorgegebenen Bewertung standhalten.

Die Wichtigkeit dieser Wörter öffentlich-politischer Kommunikation ist nicht nur zu verstehen im Sinne ihrer allgemeinen Verbreitetheit, sondern vor allem ihrer Bedeutsamkeit im kulturell- oder politisch-normativen Bereich. Als allgemein verbreitete Wörter gelten in diesem Zusammenhang Wörter mit emotiv-intensiver Besetzung, "deren emotiv positive Konventionalisierung so verbreitet ist, daß kaum eine der miteinander konkurrierenden großen politischen Strömungen auf ihre Verwendung verzichten zu können glaubt" (Badura 54). Hierher gehören vor allem die aus dem sozialwissenschaftlichen Überbau in die Meinungssprache übernommenen Wörter mit gemeinsprachlicher Verbreitung und intensiv-positiver Besetzung, auf die auch die Sprachkritik ihr Augenmerk richtet, also Wörter wie **Demokratie, Solidarität, Freiheit, Humanität, Fortschritt**; aber auch Wörter mit allgemein verbreiteter intensiv-negativer Bewertungsfunktion, wie der BRD-Sprachgebrauch von **Kommunismus, Faschismus, Totalitarismus**, sind Kandidaten für persuasive, die deskriptive Bedeutung manipulierende Definitionen. Solche persuasiven Gebrauchsfixierungen sind für den Bereich der öffentlich-politischen Kommunikation dann besonders brisant, wenn sie partei- oder gruppenspezifisch variante Gebräuche etablieren, die zumindest über einen gewissen längeren Zeitraum hin die öffentliche Diskussion bestimmen und politische Kultur entscheidend prägen (vgl. z.B. die gesamte Diskussion um die Nachrüstung). Bedeutsam für den jeweils untereinander varianten Sprachgebrauch der verschiedenen Politolekte in der BRD sind hier - wie auch bei I. - die konträren Funktionsklassen der Fahnen- und Stigma-

wörter (vgl. (i)). Diese Varianzmöglichkeiten der politischen Meinungssprache sind Anlaß für eine Fülle von Kommunikationsproblemen und Meinungsstreitigkeiten. Die Art und Weise, wie variante Kernbegriffe von den unterschiedlichen Gruppen oder Parteien verwendet werden oder wie um sie gestritten wird, ist ein wichtiger Gradmesser für politische Sprach-(Un)kultur.

III. Konflikte aufgrund der Historizität und begriffs- oder ideologiegeschichtlichen-semantischen Wandelbarkeit politischer Ausdrücke, die im Zusammenhang mit (g) stehen.

Ein wesentlicher Faktor semantischer Instabilität ist der innerdisziplinäre diachrone Bedeutungswandel sozial- und politikwissenschaftlicher Begriffe, der nicht nur durch Erkenntniszuwachs und Paradigmawechsel ausgelöst wird, sondern vor allem durch die gesellschaftlichen und ökonomischen Wandlungsprozesse, die das normative Bezugssystem sozial- und politikwissenschaftlicher Begriffsbildung verändern. Die historische Dimension der Instabilität kann auch synchron als Faktor von Bedeutungsvarianz wirksam werden, wenn auf tradierte oder traditionalistische Erklärungszusammenhänge samt der zugehörigen Begriffsbildung zurückgegriffen wird; der Rückgriff auf tradierte Sinnzuschreibungen kann synchron zu einem Nebeneinander von konkurrierenden begrifflichen Varianten führen: etwa wenn in der öffentlichen Kommunikation sowohl eher fortschrittliche Varianten als auch traditionalistische, konservative Varianten eines Begriffs von jeweils unterschiedlichen Gruppen vertreten werden. Bei geschichtsmächtigen politischen Begriffen kann zum einen die Übertragung gegenwärtiger Sinngehalte in vergangene Wortbedeutungen und zum anderen die Übertragung historischer Sinngehalte in gegenwärtige Wortbedeutungen zu Fehlinterpretationen der sozialen Wirklichkeit, zu Verstehensschwierigkeiten und Mißverständnissen führen. Die besondere kommunikative Schwierigkeit historischer politischer Wörter resultiert aus der 'Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen', die in ihnen enthalten ist, also aus ihrer aus der Historie erwachsenden, aber in der gegenwärtigen Sprachverwendung nie ganz aufhebbaren Bedeutungsfülle. In solche Begriffe geht dann die "Fülle eines politisch-sozialen Bedeutungszusammenhanges" (Koselleck) ein, so daß z.B. komplexe Begriffe wie **Demokratie**

oder Staat nur durch die Bezüglichkeit auf die Kontexte von "Herrschaft, Gebiet, Bürgertum, Gesetzgebung, Verwaltung,, Steuer, Heer" (Koselleck XXII) faßbar werden, wobei mit 'komplex' auch die Konzentration verschiedener Bedeutungsgehalte in einem Begriff gemeint ist, die in sich all die Inhalte diachronisch aufeinanderfolgender und/oder synchron ko-existenter, untereinander varianter Wortbedeutungen faßt. Politische Begriffe, die essentiell historischen Charakter haben, sind ohne explizite Bezugnahme auf Historisches, ohne Rekonstruktion ihrer Wissenschafts-, Kultur- und Kommunikationsgeschichte nicht in ihrer jeweiligen Bedeutung verständlich (zu machen).

3.3. Lexikographische Maximen für die sprachkritische Rezeption politischer Rede

Abschließend soll gefragt werden, welche Folgerungen sich für politische Sprachkultivierungsarbeit im Wörterbuch, für eine Kultivierung politischer Kommunikation auf wortsemantisch-pragmatischer Ebene ergeben: Sprachaufklärerische Informationen können allem Anschein nach im Wörterbuch auf zweierlei Weise vermittelt werden: einerseits in Form von sprach- und kommunikationsreflexiven Maximen zur sprachkritischen Rezeption politischer Rede im Vorwort des Wörterbuchs, andererseits in der Form von semantisch-pragmatischen Markierungen im lexikographischen Diskurs selbst (vgl. zur Funktion solcher Markierungen Wiegand 1981).

Die im folgenden zu formulierenden Maximen nehmen auf die in Kap. 2 systematisierten kommunikationskonfliktären Eigenschaften politischer Ausdrücke Bezug, die Anlaß zu Sprachkritik und Aufklärung geben. Mit diesen Maximen soll der Wörterbuchbenutzer aufgeklärt werden, d.h. an ihnen soll er sich sprachkritisch bei der Textrezeption orientieren. Eine solche Orientierung kann ihm durch ein System unterschiedlicher pragmatischer Markierungen in den Wörterbuchartikeln zu politischen Ausdrücken ermöglicht werden, aus denen direkt auf die jeweils einschlägige(n) Maxime(n) verwiesen wird. Diese lexikographischen Markierungen, in denen die pragmatischen Regeln für die Verwendung politischer Ausdrücke verkürzt ausgedrückt werden, sind als Alarmzeichen zu verstehen, die den Wörterbuchbenutzer vor bestimmten Gebräuchen bzw. Mißbräuchen

politischer Ausdrücke im Bereich der öffentlichen Kommunikation warnen sollen.

Um ihre kontrakonfliktäre Funktion zu erfüllen und dem Wörterbuchbenutzer zur korrekten Anwendung der Maximen zu verhelfen, sollten die pragmatischen Markierungen selbst nach Möglichkeit den inhaltlichen Kern/ die Substanz der jeweils einschlägigen Maxime enthalten. Alle Ausdrücke, die im Wörterbuch als Markierungsprädikate verwendet werden, müssen daher in den jeweiligen Maximen verständlich erklärt sein. Markierung und Maxime müssen inhaltlich aufeinander abgestimmt und formal durch ein Verweissystem aufeinander bezogen sein.

Bezogen auf die Kritikpunkte I, II und III insgesamt kann der Wörterbuchbenutzer sich an der folgenden generellen Maxime sprachkritischer Rezeption orientieren:

Bedenke, daß die (mit Markierungen wie 'politisch', 'ideologisch', 'in manipulativem Sprachgebrauch' ausgezeichneten) Wörter zum politisch-ideologischen Wortschatz gehören und daher aufgrund ihrer semantischen Unbestimmtheit und interpretativen Offenheit zur Verwendung in erfolgsorientierter Kommunikation und damit im taktisch-persuasiven oder manipulativen Sprachgebrauch prädestiniert sind....

Bedenke, daß Sprecher diese Wörter in politisch-öffentlicher Kommunikation gebrauchen, um jeweils ihre, mit der deinen nicht notwendig übereinstimmende Interpretation (Meinung, Auffassung) von politischer Realität sprachlich zu vermitteln und auch sprachlich durchzusetzen versuchen.

Sei daher kritisch gegenüber dem Wahrheitsanspruch politischer Aussagen, in denen diese Wörter vorkommen; sei auch dann kritisch, wenn du der Meinung bist, daß die Sprecher wahrhaftig sind.

Auf diese Maxime nehmen dann alle Wörterbucheinträge zu Lemma-Ausdrücken explizit Bezug, die z.B. mit der Markierung 'polit.' oder 'ideol.' oder

'Schlagwort' oder 'parteisprachlich' ausgezeichnet sind. In der Maxime verwendete fachspezifische Ausdrücke wie 'erfolgsorientiert', 'taktisch-persuasiv' usw. müssen natürlich vom Lexikographen erläutert werden.

Der Lexikograph könnte die obige Maxime der Reflexion auf politischen Sprachgebrauch noch erweitern, indem er den Wörterbuchbenutzer über die Faktoren der semantischen Unbestimmtheit politischer Wörter im einzelnen aufklärt (allerdings in weniger linguistischen Formulierungen) und zwar über die folgenden:

- ihre Interpretationsabhängigkeit und/oder
- ihren Bezug auf unterschiedliche Normen, Ideologien, politische Lehren, Wissenschaftsdisziplinen etc. und/oder
- ihren Bezug auf unterschiedliche (Meinungs)Gruppen, Parteien etc. und/oder
- ihren essentiellen Bezug auf Geschichte/Geschichtlichkeit.

Anhand dieses Faktorenkatalogs kann der Lexikograph dann Kriterien für die Entwicklung eines Repertoires von (Klassen von) pragmatischen Markierungsprädikaten für politische Ausdrücke entwickeln:

- 'Interpretationsvokabeln' (oder z.B. 'ideologische Streitwörter') als Bezeichnung für politische Wörter, mit denen unterschiedliche (variante) Interpretationen und Deutungen sozialweltlicher Erscheinungen vollzogen werden,
- 'Gruppen-, Partei-, Normen-, Rahmenvokabeln' (oder z.B. 'Schlagwörter', 'Leitwörter', 'Fahnen- und Stigmawörter') als Bezeichnung für politische Wörter mit eingeschränkter/relativer Gültigkeit und Verbindlichkeit jeweils relativ zu den betreffenden Gruppen, Parteien bzw. Ideologien, Normen (Abgrenzungsvokabular),

'Geschichtliche (Grund)Begriffe', 'Geschichtsvokabeln' als Bezeichnung für Wörter mit historischer Sensibilität und diachron/synchroner Bedeutungsfülle; etc.

Bezogen auf Kritikpunkt I könnte der Wörterbuchbenutzer als Rezipient politischer Rede sich an der folgenden speziellen Maxime orientieren:

- (I) Bedenke, daß die (mit der Markierung 'Interpretationsvokabel' ausgezeichneten) Wörter von Sprechern/Sprechergruppen auf ganz unterschiedliche/variante Weise zur Interpretation und Deutung sozialweltlicher Erscheinungen/politischer Realität verwendet werden. Sei kritisch gegenüber ihrem Aussagewert, denn sie werden interpretierend (d.h. beschreibend und wertend) auf ganz unterschiedliche 'Gegenstände' der Realität angewendet, denn es sind inhaltlich unscharfe Wörter, deren Unschärfe von Sprechern oft bewußt taktisch oder manipulativ zur Behauptung von sog. 'Tatsachen' ausgebeutet wird, z.B. bei strittigen Fragen wie Was ist Terrorismus? oder Wer ist (wann) Terrorist?

Bedenke also, daß diese Wörter meist nicht so unverfänglich und harmlos gebraucht werden wie z.B. die Wörter Haus oder Straße, sondern als ideologische (Streit)Wörter in ihrer Bedeutung meinungs- und interessenabhängig sind. Sei daher vorsichtig/nicht leichtfertig gegenüber der Verwendung dieser Wörter in deinem eigenen Sprachgebrauch und sei kritisch gegenüber dem Sprachgebrauch anderer, auch dann oder gerade wenn sie behaupten, ihr Sprach- bzw. Wortgebrauch sei der 'richtige', 'wahre'.

Bedenke ferner, daß nicht jedes Wort ein real existierendes 'Ding' einfach bezeichnet und die Sprache nicht der Wirklichkeit angepaßt oder auf den Leib geschneidert ist. Die politische Wirklichkeit so wie sie dir z.B. in den Massenmedien vermittelt wird, ist häufig sprachlich (d.h. auch durch einzelne Wörter) hervorgebracht, vermittelt und gedeutet.

Auf diese Maxime nehmen alle Wörterbucheinträge oder Teile von Wörter-

bucheinträgen zu Lemma-Ausdrücken bzw. zu deren einzelnen verschiedenen Bedeutungen explizit Bezug, die mit der Markierung 'Interpretationsvokabel' oder 'ideolog. Streit-, Kampfwort' etc. ausgezeichnet sind. Durch solche Markierungen bzw. durch ein offenes Repertoire von solchen Markierungen kann der Lexikograph dem Wörterbuchbenutzer dazu verhelfen, die Maxime (I) als Maxime der Aufklärung über oder der Warnung vor der Interpretationsbedingtheit politischer Ausdrücke sprachkritisch bei der Rezeption politischer Rede/Texte anzuwenden. Lexikographische Markierungen dieser Art sind also als zusätzliche, zu den semantischen Erläuterungen im engeren Sinne komplementäre pragmatische 'Regelformulierungen' zur Verwendung politischer Ausdrücke aufzufassen, und zwar, für sich genommen in den einzelnen Wörterbuchartikeln, als 'minimale' oder 'verkürzte' Regelformulierungen, und im Kontext der jeweilig einschlägigen Maxime als 'explizite' Formulierungen der Verwendungsregeln.

Der aufklärerische Informationswert der Markierung 'Interpretationsvokabel' ist allerdings noch immer recht gering einzuschätzen. Notwendig wäre hier die Entwicklung eines systematischeren Repertoires, dessen Vielfalt an präzisierten und gegeneinander abgegrenzten Markierungsprädikaten der Vielfalt von Worttypen im Bereich der Interpretationsvokabeln adäquat sein müßte. Ein solches Repertoire könnte eventuell entwickelt werden durch eine Subklassifizierung des gesamten Wortschatzgebietes der Interpretationsvokabeln, z.B. nach der Zugehörigkeit der einzelnen Wörter zu verschiedenen sprachlichen Subsystemen/Kommunikationsbereichen, also außer zur Ideologie- oder Meinungssprache nach ihrer Zugehörigkeit zu verschiedenen Fach- und Wissenschaftssprachen und/oder der Alltagssprache; oder nach ihrer Zugehörigkeit zum Sprachgebrauch verschiedener ideologischer (Groß)Gruppen oder Parteien und ihrer unterschiedlichen pragmatisch-politischen Funktion und/oder nach ihrer Zugehörigkeit zur näheren oder fernerer (politischen) Vergangenheit usw. Auf der Basis einer Subklassifizierung des Interpretationsvokabulars nach solchen oder ähnlichen Kriterien könnte ein Markierungssystem oder Kategorisierungsraster zur Charakterisierung und Identifizierung von miteinander konkurrierenden interpretativen Wortgebräuchen entwickelt werden, das die systematischen Möglichkeiten sprachaufklärerischer Information im Wörterbuch voll ausschöpft.

In ähnlicher Weise wie zu Kritikpunkt I wären auch zu den Kritikpunkten II und III wörterbuchbenutzerbezogene sprachaufklärerische Maximen zu formulieren, auf die der Wörterbuchbenutzer wieder durch spezifische Markierungsprädikate oder spezifische Systeme von Markierungsprädikaten in den Wörterbuchartikeln verwiesen werden kann. Solche Markierungsprädikate für Kritikpunkt II ('Rahmenabhängigkeit', 'Gruppenbezogenheit' politischer Ausdrücke) wären - um nur noch einige Vorschläge zu machen - z.B. Prädikate, die zum einen auf den ideologischen Rahmen oder die Gruppenbezogenheit des jeweiligen Ausdrucks bzw. einer Bedeutung des Ausdrucks Bezug nehmen: 'marxistisch', 'nationalsozialistisch', 'kommunistisch' oder auch 'DDR', 'BRD', 'CDU', 'neofaschistisch' etc., zum anderen Prädikate, die auf die spezifische Funktion der jeweiligen Wörter im Sprachgebrauch einer oder mehrerer Gruppen/Parteien Bezug nehmen und ihren entweder aggressiven, stigmatisierenden, schmähenden, verschleiernenden und/oder ihren Kampfwort-, Propagandawortcharakter verdeutlichen, z.B. 'Fahnenwort der Gruppe/Partei A', 'Stigmawort der Partei B gegen die Partei C', 'Leitwort aller Parteien' etc.

Mit solchen Markierungen oder Etikettierungen, die das gleichzeitige Nebeneinander verschiedener, miteinander konkurrierender Gruppen- oder Parteisprachen bzw. varianter Wortbedeutungen deutlich machen, sind Möglichkeiten politischer Aufklärung im Wörterbuch in mehrfacher Hinsicht angesprochen:

- Mit der Aufklärung über die zwischen Gruppen/Parteien bestehende Konkurrenz bezüglich bestimmter Wörter/Wortbedeutungen oder über den partei-, gruppenbezogenen Streit um Wörter oder Wortbedeutungen wäre der Wörterbuchbenutzer davor gewarnt, meinungs- oder gruppenspezifische Wortgebräuche oder -bedeutungen als für die gesamte Kommunikationsgemeinschaft verbindliche/gültige Wortbedeutungen mißzuverstehen (Markierungsprädikate als Restriktions- oder Relativitätsindikatoren). Mithilfe dieser Indikatoren wird der Wörterbuchbenutzer darüber aufgeklärt, daß in der Sprache auch die unterschiedlichsten (politischen) Standpunkte formulierbar sind.

- Mithilfe solcher Etikettierungen kann der Lexikograph sprachwissenschaftlich neutral bleiben und sich aus dem Streit um Wörter heraushalten, indem er alle Wortgebräuche oder varianten Bedeutungen wissenschaftlich (historisch) dokumentiert und sich damit gleichzeitig von allen gruppenspezifischen Sprach- bzw. Wortgebräuchen gleichermaßen distanziert (Markierungsprädikate als Distanzindikatoren). Mit den Markierungen wird dokumentiert, daß in einer Sprache alles gleichermaßen seine Existenzberechtigung hat (Heringer 1982, 10). Durch die explizite Darstellung der Meinungs- bzw. Wortgebrauchspluralität wird der Wörterbuchbenutzer nicht nur auf eine bestimmte Bedeutungsversion festgelegt, von der aus alle anderen Gebräuche als 'falsch' diffamiert werden könnten.

- Mit den Markierungen kann der Lexikograph ein vollständiges Spektrum aller in einem bestimmten Sprachstadium (jeweils gruppen-, ideologiespezifisch) gültigen Wortgebräuche ausbreiten, indem er die zwischen den einzelnen Gebräuchen bestehenden semantischen Differenzen als gruppen-, ideologiedeterminierte Meinungsdifferenzen durch etikettierende Zuordnung der verschiedenen Gebräuche/Bedeutungsvarianten zu den betreffenden Gruppen/Parteien oder Ideologien kenntlich macht (Markierungsprädikate als ideologische Differenzindikatoren). Damit wird der Wörterbuchbenutzer darüber aufgeklärt, daß Wörter, insbesondere politische Wörter, nicht für alle Sprecher/Sprechergruppen das gleiche bedeuten. Zugleich wird mit der Markierung der Gruppen-, Ideologiezugehörigkeit politischer Wörter deutlich gemacht, daß nicht die Sprache und die Wörter Gegenstand von Sprachkritik sind, sondern die sprachlichen Handlungen und die Sprecher(gruppen), die sie vollziehen.

Zusammenfassend lassen sich verschiedene Stufen von Reflexionsanstößen unterscheiden, die der Linguist dem Teilhaber an öffentlich-politischer Kommunikation geben kann:

1. Wie G.Zifonun in diesem Heft zeigt:
Allgemeine Maximen sprachkritischer Textrezeption.

2. Wie hier gezeigt werden sollte:

Wörterbuchbenutzer-Maximen, mit denen die bisher adressatenlose Sprache der Wörterbücher revidiert werden soll insofern, als dem Benutzer damit ein Aufklärungs- und Orientierungsinstrument für die sprachkritische Rezeption politischer Rede zur Verfügung gestellt wird. In ihnen werden allgemeine kommunikationskonfliktäre Gebräuche und Verwendungsbedingungen von Wörtern bzw. ganzer Wortschatzbereiche thematisiert; in dieser Funktion sind sie als sprachkritisches Komplement zu den speziellen pragmatischen Markierungen in den Wörterbuchartikeln aufzufassen.

Alle (möglichen) Benutzer-Maximen zusammengenommen sollten eine Art Propädeutik des kultivierten, aufgeklärten politischen Kommunizierens darstellen etwa im Sinne eines kleinen Handbuchs der expliziten staatsbürgerlichen Rhetorik in öffentlichen Institutionen (v.Polenz 1979a, 323), gesellschaftlichen Organisationen und Parteien.

3. (Auf die Benutzer-Maximen bezogene) pragmatische Markierungen von politischen Wörtern/Wortbedeutungen nach Maßgabe ihrer Interpretationsbedingtheit, Rahmenabhängigkeit und Gruppenbezogenheit, die erst in ihrer Beziehung auf die jeweilig einschlägigen Wörterbuchbenutzer-Maximen ihre sprachkritische und -aufklärerische Funktion voll erfüllen, indem sie die Verwendungsmöglichkeit politischer Wörter im taktisch-persuasiven und manipulativen Sprachgebrauch, insbesondere in erfolgsorientierten Kommunikationshandlungen, als Teil ihrer usuellen Gebrauchsregeln explizieren. Allgemeine sprachkritische Wörterbuchbenutzer-Maximen und spezifische sprachkritische pragmatische Markierungen erfüllen so in ihrer wechselseitigen Bezogenheit die Aufgabe von Sprachkultivierung auf wortsemantisch-pragmatischer Ebene.

Alle sprach- und auch ideologiekritischen Reflexionsanstöße sollen den Sprachteilhaber zum kritischen Vorbehalt und Mißtrauen gegenüber (vor-)herrschenden politischen Sprachgebräuchen befähigen und ihn gleichzeitig für konfliktäre Wortgebräuche sowie für relevante Sprach- und

Kommunikationsprobleme im Bereich öffentlich-politischer Kommunikation sensibilisieren, insbesondere für die unterschiedlichen Erscheinungen politischer Sprach-Unkultur (wie in Kap. 2 angedeutet).

Diese Fähigkeiten lassen sich unter dem Begriff einer 'Sprachkritik-Kompetenz' zusammenfassen, die den Sprachteilhaber nicht nur zu sprachkritischer Rezeption politischer Rede, sondern auch zum aktiven kritischen Mit-Reden und Mit-Handeln in öffentlich-politischer Kommunikation befähigt.

Literatur

- Agricola, E./Schildt, J./Viehweiger, K., 1982, Wortschatzforschung heute. Leipzig.
- Badura, B., ²1973 Sprachbarrieren. Zur Soziologie der Kommunikation. Stuttgart/Bad Cannstatt.
- Habermas, J., 1981, Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt a.M.
- Heringer, H.-J., 1982, Sprachkritik - die Fortsetzung der Politik mit besseren Mitteln. In: Heringer (Hrsg.) 1982a, 3-34.
- Heringer, H.-J., (Hrsg.), 1982a, Holzfeuer im hölzernen Ofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik. Tübingen.
- Heringer, H.-J.,/Kurz, G./Stötzel, G. (Hrsg.), 1983, Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht. Heft 51.
- Hermanns, F., 1982, Brisante Wörter. Zur lexikographischen Behandlung parteisprachlicher Wörter und Wendungen in Wörterbüchern der deutschen Gegenwartssprache. In: Wiegand, H.E. (Hrsg.), 1982, Studien zur neuhochdeutschen Lexikographie II. Hildesheim. New York. 87 - 108.
- Koselleck, R., 1972, Einleitung. In: Geschichtliche Grundbegriffe. Hrsg. v. Brunner, O./Conze, W./Koselleck, R., Band 1, XIII - XXVII, Stuttgart.
- Kuhn, F., 1983, Überlegungen zur politischen Sprache der Alternativbewegung. In: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht, 61 - 79.

- Ludwig, K.-D., 1982, Zu normativen, konnotativen und stilistischen Angaben in Wörterbucheintragungen. In: Wortschatzforschung heute, 166 ff.
- Polenz, P. von, 1979, Fremdwort und Lehnwort sprachwissenschaftlich betrachtet. In: Fremdwort-Diskussion. Hrsg. v. Braun, P., 1982. München, 9 - 31.
- Polenz, P. von, 1979a, Resümee der Tagung. In Fachsprachen und Gemeinsprache. (= Jahrbuch 1978 des Instituts für deutsche Sprache.) Düsseldorf, 317 -324.
- Stötzel, G., 1982, Konkurrierender Sprachgebrauch in der deutschen Presse. In: Heringer (Hrsg.) 1982a, 277 - 289.
- Wiegand, H.E., 1981 Pragmatische Informationen in neuhochdeutschen Wörterbüchern. In: Studien zur neuhochdeutschen Lexikographie I. Hrsg. v. H.E. Wiegand. Hildesheim. New York 1981 (Germanistische Linguistik).
- Wimmer, R., 1982, Überlegungen zu den Aufgaben und Methoden einer linguistisch begründeten Sprachkritik. In: Heringer (Hrsg.) 1982a, 290 - 313.
- Wimmer, R., 1983, Sprachkritik und reflektierter Sprachgebrauch, In: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht, 3 - 14.